

Gemeinsame Presseerklärung

Kiel, 29.04.2022

Zum Tag der Arbeit am 1. Mai:

Sicherer Aufenthalt und Zugang zu Bildung und Arbeit sind dringend nötig Netzwerke zur arbeitsmarktlichen Integration von Geflüchteten fordern gleiche Rechte für alle!

Europa erlebt eine beispiellose Hilfsbereitschaft in der Zivilbevölkerung für geflüchtete Menschen aus der Ukraine. Aber auch auf politischer Ebene wurden in Europa und Deutschland in kürzester Zeit gesetzliche Regelungen und Erlasse geschaffen: Die EU-Innenminister*innen haben am 4. März 2022 erstmalig einen [Rats-Beschluss zur Anwendung der sog. Massenzustrom-Richtlinie](#) getroffen. In der Folge haben Schutzsuchende aus der Ukraine europaweit Zugang zu Arbeit, Bildung sowie Sozialleistungen und medizinischer Versorgung – ohne vorher ein Asylverfahren mit den dort geltenden Beschränkungen durchlaufen zu müssen.

„Als Netzwerke, die die Unterstützung der Integration Geflüchteter als Aufgabe und Ziel haben, begrüßen wir diese Möglichkeiten für die aus der Ukraine geflüchteten Menschen ausdrücklich“, betont Mareike Röpstorff, Mitarbeiterin der beiden Netzwerke zur Arbeitsmarktintegration *Alle an Bord!* und *Mehr Land in Sicht!*. Dass der Zugang zu Integrationsmaßnahmen und zum Arbeitsmarkt entscheidende Faktoren für ein schnelles Ankommen Geflüchteter in der Aufnahmegesellschaft sind, belegen viele [Studien](#) und [Projekterfahrungen](#). Darüber hinaus tragen frühe Zugänge zur psychischen Stabilisierung angesichts traumatischer Erlebnisse bei, unterstützen die wirtschaftliche Unabhängigkeit geflüchteter Menschen und fördern das Zusammenleben in der Aufnahmegesellschaft.

Erleichterte Studienzugänge und schnellere Anerkennungsverfahren sind zu erwarten – jedoch nicht für alle

Um genau diese integrationsfördernden Wirkungen zu erzielen, haben Bund und Länder zahlreiche Erleichterungen für ukrainische Geflüchtete mit Hinblick auf Zugang zu Bildung und Arbeit geschaffen. So gelten laut [Beschluss der Kultusminister:innenkonferenz vom 05.04.2022](#) für Geflüchtete aus der Ukraine erleichterte Studienzugänge: Ukrainische Schüler:innen, die kriegsbedingt nicht ihren Sekundarschulabschluss machen konnten, können sich trotzdem für ein Studium in Deutschland bewerben. Darüber hinaus setzt sich Bundesarbeitsminister Hubertus Heil [für beschleunigte Anerkennungsverfahren](#) bei beruflichen Qualifikationen und Ausbildungen von Geflüchteten aus der Ukraine ein.

„Wir begrüßen, dass unsere jahrelang erhobene Forderung nach schnellerer Durchführung von Anerkennungsverfahren nun für ukrainische Geflüchtete umgesetzt wird. Jedoch muss eine solche Verbesserung für alle Geflüchteten gelten!“, konstatiert Tabea von Riegen vom Netzwerk *Alle an*

Bord! angesichts der Schutzsuchenden, die sich aus anderen Kriegen und Überlebensnöten hierher geflüchtet haben - für die diese besondere Förderung jedoch in der Regel nicht gilt

Was Politik und Verwaltung tun können

Anlässlich des Tags der Arbeit appellieren die im nördlichsten Bundesland vertretenen und vom PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein und dem Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein koordinierten migrationsspezifischen Netzwerke zur Arbeitsmarktförderung *Mehr Land in Sicht!* und *Alle an Bord!* an Politik und Verwaltung, folgende Forderungen umzusetzen:

- Die Möglichkeiten des unbeschränkten Zugangs zum Arbeitsmarkt und zu Integrationsmaßnahmen müssen für alle Geflüchteten geschaffen werden – unabhängig ihres Herkunftslandes und ihres Aufenthaltsstatus - selbstverständlich auch für Drittstaatsangehörige aus der Ukraine! Menschen aus Ländern wie Afghanistan, Jemen, Irak oder Somalia stehen vor zahlreichen aufenthaltsrechtlichen und bürokratischen Hürden, wenn es um ihre Integration in den Arbeitsmarkt, Zugänge zu Bildung und einen sicheren Aufenthalt geht. Sie warten häufig seit Jahren auf die Möglichkeit des Spracherwerbs. Sie können Arbeitsstellen nicht antreten, da das Genehmigungsverfahren durch die Zuwanderungsbehörden langwierig und kompliziert ist.

*„Unsere Erfahrung aus der Beratungsarbeit zeigt: Ein barrierefreier Zugang von geflüchteten Arbeitnehmer*innen bietet auch für Arbeitgebende eine lohnenswerte Möglichkeit, offene Stellen zeitnah zu besetzen und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken“,* so Annika Fuchs, Koordination von *Mehr Land in Sicht!*.

- Die aktuellen Herausforderungen mit Blick auf Geflüchtete aus der Ukraine und die damit verbundenen Bedarfe Zugänge zu qualifizierter Arbeit zu erleichtern, sollten der Bundesregierung auch Anlass sein, die im Koalitionsvertrag angekündigten Vorhaben, wie die Öffnung der Zugänge zu Sprachkursen und die Senkung der Hürden beim Zugang zu Arbeit und Bleiberechtsicherung, zeitnah im Sinne der Gleichbehandlung aller Geflüchteten umzusetzen. Wir fordern das Land Schleswig-Holstein insbesondere mit Hinblick auf die Bleiberechtsregelungen auf, seine Spielräume zu nutzen und entsprechende Vorgriffsregelungen zu erlassen.

Pressekontakt:

Mareike Röpstorff

Netzwerkkoordination *Alle an Bord!* und *Mehr Land in Sicht!*

Tel. 0431 55685363

E-Mail: alleanbord@frsh.d

www.alleanbord-sh.de / www.mehrlandinsicht-sh.de